



Anfang Juni wurde in Tripolis gegen das UN-Flüchtlingshilfswerk demonstriert. Einige Demonstranten stürmten später das UNHCR-Büro und verwüsteten es.

Organe, Folter, Lösegeld

In Libyen hat sich rund um die Migranten eine Ökonomie des Schreckens gebildet. Geflüchtete dienen als Geldquelle – und als Sündenböcke

MIRCO KEILBERTH

Meldungen über das Schicksal von in Libyen lebenden Geflüchteten und Migranten schaffen es nur noch sehr selten auf die Titelseiten internationaler Medien. Die seit über einem Jahrzehnt immer gleichen Schilderungen von Folter, Entführungen und Zwangsabschiebungen haben auch unter Diplomaten zu einer Art Abstumpfung geführt, trotz der grauenhaften Zustände in dem Bürgerkriegsland. Nun ist in Libyen das UN-Flüchtlingshilfswerk angegriffen worden.

Bis zu 1,5 Millionen Menschen aus arabischen Staaten, aus West- und Zentralafrika und der Sahel-Region leben derzeit in dem Land. Viele versuchen, über die 2000 Kilometer lange libysche Küste nach Europa zu kommen. Zuletzt war am Montag ein aus Libyen kommendes Boot von Migranten südwestlich von Malta im Mittelmeer gesunken; 60 Passagiere werden seitdem vermisst. Über 25 Schiffsunglücke

zählten libysche Aktivisten und internationale Rettungsorganisationen in den letzten Wochen.

Doch von vielen in Seenot geratenen Holz- und Metallbooten vor der tunesischen und libyschen Küste wissen nur Migranten aus den Herkunftsländern. Nur sie wissen von den meist nächtlichen Abfahrten und melden den Seenotleitstellen rund ums Mittelmeer, wenn es kein Lebenszeichen der Passagiere gibt. Allein im Januar verschwanden in drei Sturmnächten im südlichen Mittelmeer über 1000 Menschen.

Angriff auf die UN

Die selbstmörderischen Fahrten führen zu Kopfschütteln in Europa. Doch sie sind die logische Folge der informellen Ökonomie, die rund um die Migranten und Geflüchteten entstanden ist. Über mehrere Monate in einem Lager der zentral-libyschen Stadt Sirte festgehaltene Nigerianer berichten dem »nd« von entführten Mithäftlingen, deren Leichen Narben von Operationen aufwiesen. Es gilt als offenes Geheimnis unter Menschenrechtsaktivisten,

dass in privaten Kliniken in der Stadt Zliten Organe entnommen werden, mit Zustimmung oder ohne.

Wer auf offener Straße oder aus der angemieteten Wohnung von einer der vielen Milizen Westlibyens entführt wird, muss Geld für die Freilassung zahlen. Um den Prozess zu beschleunigen, senden die Bewacher Foltervideos an die Verwandten ihrer Opfer. Noch als harmlos gilt die Methode, diesen während der Videonachricht flüssiges Plastik einer erhitzten Wasserflasche auf die Haut tropfen zu lassen. Bis zu 600 Euro müssen Angehörige aus Westafrika per Western Union oder über das informelle Geldüberweisungsnetzwerk Havalala als Lösegeld schicken, berichten Angehörige dem »nd«.

Für die Milizen liefert das brutale Vorgehen gegen Migranten eine Art Daseinsberechtigung. Durch die in Algerien, Ägypten, Tunesien und Marokko immer häufigeren Abschiebungen steigt die Zahl der »Afrikaner« in Libyen stetig an. Die in der Sahara ausgesetzten Menschen schlagen sich über das gesetzlose Südlibyen nach Tripolis, Misrata und in andere Küstenstädte durch.

Doch dort mobilisieren Online-Demagogen gegen einen »Bevölkerungsaustausch«. Erst Ende Mai zerstörten aufgebrachte Bürger von Migranten betriebene Marktstände. Der in Ostlibyen herrschende Feldmarschall Khalifa Haftar ließ mehrere Tausend Wanderarbeiter aus Ägypten und Bangladesch sowie Flüchtlinge aus dem Sudan zusammenreiben und in Abschiebelager bringen.

»Nie ging es den Libyern wirtschaftlich schlechter«, sagt Ahmad Elumami, ein Journalist aus Bengasi. »Zwar glaubt die Mehrheit, dass die Zahlungen an die Milizen und Korruption ein Hauptgrund für die mickrigen Löhne sind, die der Staat an Zivilisten zahlt. Aber die Influencer einiger Milizen machen erfolgreich Nicht-Libyer verantwortlich.«

Eine der lautesten Stimmen gegen Geflüchtete und Migranten ist mittlerweile der oberste Mufti Libyens, Sadiq Ghariani. Der Hardliner fordert immer wieder die Ausweisung »der zwei Millionen Illegalen im Land« und ein sofortiges Arbeitsverbot für das Flüchtlingshilfswerk UNHCR. Dieses zählt zu den ältesten Organisationen der Vereinten Nationen und hilft wie die Schwester-

organisation IOM bei der Registrierung der Gestrandeten. Das UNHCR versorgt derzeit vor allem Bürgerkriegsflüchtlinge aus dem ebenfalls muslimischen Sudan. Dennoch suggeriert Ghariani, ähnlich wie Tunesiens Präsident Kais Saied, ausländische Organisationen wie das UNHCR stünden im Dienst dunkler Mächte, die angeblich Nordafrikas arabische und muslimische Identität unterhöhlen wollen.

»Libyen den Libyern!«

Am 5. Juni setzten dann mehrere Hundert Anhänger Gharianis seine Tiraden gegen die UN-Organisation in die Tat um. Nach stundenlangem Belagerung stürmten sie das UNHCR-Hauptquartier in Tripolis. Unter »Libyen gehört den Libyern«-Rufen wurden Büros verwüstet und Dokumente vernichtet. Die Mitarbeiter flohen zu den untätig herumstehenden Sicherheitskräften auf der Straße, meist Milizionäre in neuen Uniformen und vom Staat bezahlt. »UN-Agenturen setzen keinerlei Programme um, die Migranten in Libyen ansiedeln sollen«, ließ die Leiterin der Hilfsorganisation verlautbaren.

Tatsächlich fliegen IOM und UNHCR Menschen in ihre Heimat zurück, die sich bei dem seit Jahren laufenden »Repatriierungsprogramm« registriert haben. Allerdings sind seit letztem Sommer kaum mehr als 2000 Menschen so in ihre Heimat zurückgekehrt. Bis zu 550 000 Menschen warteten derzeit in Ostlibyen auf die Überfahrt nach Europa, sagt Thanos Plevris, der griechische Minister für Migration. Dem für Bürgerkriegsflüchtlinge zuständigen UNHCR fehlen die finanziellen Mittel, um Sudanesen an sicheren Orten im Sudan oder in Libyen zu versorgen.

Deutschland sei weiterhin das größte Geberland, sagt Karmen Sakhr, Leiterin des UNHCR in Libyen. »Doch 2023 hat Berlin die Beitragshöhe halbiert. Unsere Programme für sudanesischen Flüchtlinge sind teilweise nur bis zu 23 Prozent finanziert. Ich appelliere an unsere europäischen Partner, den Ernst der Lage zu erkennen.« Das UN-Flüchtlingshilfswerk in Libyen und Tunesien soll nun womöglich auch noch die von der EU geplanten Rückführungszentren betreiben oder die EU beim Aufbau unterstützen. In diese Zentren sollen abgelehnte Asylsuchende gebracht werden, die nicht in ihre Heimatländer abgeschoben werden können.

Der Sturm auf das Büro der Leiterin des UNHCR in Libyen zeigt, wie sehr die Geflüchteten zum Spielball der Politik geworden sind. Sadiq Ghariani hat seine Anhänger wieder abziehen lassen und bezeichnet nun jegliche Gewalt gegen die Vereinten Nationen als unislamisch. Nicht wenige in Tripolis vermuten, dass die Kampagne gegen Migranten und das UNHCR für ihn lediglich taktische Verhandlungsmasse ist, um bei der von US-Regierung organisierten Wiedervereinigung der libyschen Institutionen nicht übergangen zu werden. Vielleicht hat er auch von Khalifa Haftar gelernt. Seit der Feldmarschall Migranten eigenmächtig in die Wüste schickt, ist er vom Warlord zu Europas Partner aufgestiegen.

Erfahren im Abschieben

Die EU plant »Rückführungszentren« außerhalb ihrer Grenzen. Eines könnte in Tunesien entstehen, wo Migranten bereits Hass und Gewalt ausgesetzt sind

BERTHA KLEMENT, TUNIS

Ein Video, in dem Tunesier in einem Haus Migrant*innen angreifen, geht in den sozialen Medien viral. Das tu-

nesische Innenministerium bestreitet allerdings die Echtheit des Videos und gab bekannt, die Macher festgenommen zu haben. Weitere Videos, auch von der NGO Refugees in Libya geteilt, zeigen gewaltsame Ausschreitungen, die Anfang Juni in einem Vorort der tunesischen Hauptstadt Tunis stattgefunden haben sollen.

In derselben Woche, am 2. Juni, verkündete die EU-Ratspräsidentschaft eine Einigung des EU-Parlaments und der Mitgliedstaaten über die Abschiebezentren (Return Hubs) in Drittstaaten. Deutschen Medienberichten zufolge ist Tunesien ein Kandidat für solche Abschiebezentren. Ein Memorandum of Understanding zum Thema Migration gibt es schon seit 2023. Der stellvertretende Leiter der EU-Delegation in Tunis, Gianfranco Bochicchio, dementierte im Mai 2026 gegenüber dem »nd« jedoch, dass es konkrete Pläne für sogenannte Return Hubs in Tunesien gebe. Auf eine aktuelle Presseanfrage antwortete die EU-Delegation nicht.

Die Return Hubs stehen in der Kritik, weil Migrant*innen in Länder abgeschoben werden können, die sie zuvor nie betreten haben. Außerdem lässt der Gesetzestext, an dem die AfD-Fraktion im EU-Parlament maßgeblichen Einfluss hatte, grundlegende Fragen offen: Werden die Migrant*innen in den Abschiebezentren

faktisch eingesperrt? Wie lange sollen sie dort maximal bleiben? Welches Recht gilt in den Zentren, und wie können Migrant*innen ihre Rechte einfordern? Welchen Einfluss hat die EU auf die Abschiebezentren?

Deutschen Medienberichten zufolge ist Tunesien ein Kandidat für Abschiebezentren (Return Hubs).

Tunesien ist bereits erfahren in der Organisation von Rückführungen. Gemeinsam mit der International Organization for Migration (IOM) organisiert der Migrant*innen ohne Aufenthaltsgenehmigung und wickelt diese über das Transitzentrum nahe der Kleinstadt El-Amra ab. Gegenüber dem tunesischen Fernsehen der Watanya 1 berichtete die Nationalgarde, dass in der ersten Juniwoche mit 420 Personen doppelt so viele Menschen in

das Transitzentrum gebracht worden seien wie üblich.

Die Nachfrage nach der sogenannten freiwilligen Rückkehr war in den letzten Jahren höher als die Kapazitäten. Die zunehmende Blockade der Mittelmeerroute durch die tunesischen Sicherheitskräfte und die geringen Möglichkeiten auf dem Arbeitsmarkt zählen zu den Gründen hierfür. Außerdem nimmt das UN-Flüchtlingshilfswerk (UNHCR) keine Registrierungen von Geflüchteten mehr vor, da die tunesische Regierung dies seit 2024 untersagt, wie UNHCR gegenüber dem »nd« bestätigt. Ein nationales Asylsystem gibt es in Tunesien nicht.

Dazu kommen die Anfeindungen der Zivilbevölkerung: Am ersten Juniwochenende fanden mehrere Protestkundgebungen statt, auf denen für die Abschiebung von Migrant*innen demonstriert und die Schließung des UNHCR und der IOM gefordert wurden, weil diese angeblich eine Einmischung des Auslands darstellten. Rassistische Posts und Lynch-Aufrufe kursieren seit Jahren in den sozialen Medien und sind wieder allgegenwärtig. Sie sind gekennzeichnet von Verschwörungstheorien und Verlustängsten.

Viele tunesische Social-Media-User*innen widersprechen der Hassrede. Der Journalist Haitham El-Mekki distanziert sich auf

Facebook von der Kampagne, die von Bots gefüttert sei. Außerdem kritisiert er, dass der Staat sich nicht mit einem »Nein zur Gewalt« positioniert habe.

Die rassistische Rede des tunesischen Präsidenten Kais Saied von Februar 2023, in der er zum Beispiel davon sprach, dass die Migrant*innen aus anderen afrikanischen Ländern »die demografische Zusammensetzung Tunesiens« ändern wollten, markierte einen Wendepunkt in der tunesischen Migrationspolitik.

2024 kam es zu menschenrechtswidrigem Verhalten der tunesischen Sicherheitsbehörden, als diese Migrant*innen an die algerische und die libysche Grenze zurückschob. Zur selben Zeit wurden Migrationsaktivist*innen wie Saadia Mosbeh oder Journalist*innen, die sich kritisch über die Migrationspolitik geäußert hatten, wie Borhen Zeghidi, verhaftet. Viele sitzen bis heute im Gefängnis, offizielle Anschuldigungen lauten auf Geldwäsche oder die Verbreitung von Falschnachrichten.

Die EU griff trotz der Gewalt 2024 nicht ein, sondern erhielt das Memorandum of Understanding mit Tunesien aufrecht. Sollten die Abschiebezentren in Tunesien kommen, dann scheint eines klar: Die EU wird sich nicht einmischen, wie auch immer diese Zentren in Tunesien letztendlich aussehen sollten.

ANZEIGE

W&F
Wissenschaft und Frieden ■ 2/2026
Mai - 44. Jahrgang - (ISSN 0931-1219) 1. Träger des Günter-Flückiger-Preises

Friedensbewegung(en) heute
Reflexionen und Impulse

■ Vier Bedingungen für das Wiederentstehen
■ Frieden als Sozialer Operator: Universal aber konfliktual
■ Gemeinsame Bewegung? Die West-Hierarchien
■ Generation Z: Kenia's neue Protestdynamiken

Dossier:
Land: Schüssel
zum Frieden

Schwerpunkt
Friedensbewegung(en) heute
Reflexionen und Impulse

72 plus 24 Seiten | 15 € (druck) / 12 € (ePUB/PDF)
bestellen unter: wissenschaft-und-frieden.de

Europa macht dicht – und scheitert

Das Asylsystem Geas tritt in Kraft. Es ist das Ergebnis einer verrohten Debatte

MAXIMILIAN PICHL

Die Philosophin Lea Ypi sagte 2025 in der »Rede an Europa« während der Wiener Festwochen: »Das Problem ist, dass die Rechte den Migrationsdiskurs beherrscht und dass es eine Unfähigkeit oder auch, um zur Aufklärung zurückzukehren, eine Mutlosigkeit gibt, sich kritisch des eigenen Verstandes zu bedienen und über die Ideologie und Propaganda, die uns Anderes weismachen möchte, hinauszudenken.« Das neue Gemeinsame Europäische Asylsystem (Geas) ist ein Ausweis dieser verrohten politischen Debatte. Am 12. Juni 2026 tritt es in der ganzen EU in Kraft.

Bei Geas handelt sich um die bislang gravierendste Asylrechtsverschärfung auf europäischer Ebene. An den Außengrenzen werden beschleunigte Grenzverfahren eingeführt, in denen viele Asylsuchende aus Staaten wie der Türkei oder Pakistan de facto inhaftiert werden. Auch Familien mit Kindern sind davon nicht ausgenommen. Menschen werden in unterschiedliche Lagersysteme an Flughäfen und im EU-Inland verbracht, um sie von der Zivilgesellschaft abzutrennen und Integration zu verbauen. Wer aus dem Staat der ersten Einreise innerhalb Europas weiter flieht, wird verschärfte Sanktionen zu spüren bekommen, wie zum Beispiel Sozialleistungsentzug. Zudem werden die Möglichkeiten von Asylsuchenden erheblich eingeschränkt, gegen diese Entrechtung zu klagen. Anwält*innen und NGOs werden es noch schwerer als bisher schon haben, um die Menschen zu beraten und vor Gericht zu vertreten.

Die EU-Kommission verfolgte mit der Geas-Reform im Wesentlichen drei Ziele. Sie wollte erstens durch einen robusten Grenzschutz nach außen die Bewegungs- und Reisefreiheit innerhalb Europas wiederherstellen. Zweitens sollte der andauernde Konflikt zwischen den Mitgliedstaaten über die Migrationspolitik befriedet werden. Schließlich wollte die Kommission drittens der extremen Rechten »ihr Thema« wegnehmen und mit einer harten Migrationspolitik Wähler*innen ins demokratische und europafreundliche Spektrum zurückholen.

Alle drei Ziele können als gescheitert betrachtet werden. Die Kommission drängte zuletzt die deutsche Bundesregierung, ihre Grenzkontrollen mit dem Inkrafttreten des Geas einzustellen, aber Innenminister Alexander Dobrindt will auf unbestimmte Zeit an ihnen festhalten. Viele Mitgliedstaaten fordern trotz der Reform immer mehr Verschärfungen und der Streit

über die solidarische Verteilung von Asylsuchenden geht ungehindert weiter. Und die extreme Rechte ist zu einem zentralen Machtfaktor im EU-Rat und im EU-Parlament geworden. Zuletzt stimmten Abgeordnete der konservativen und extrem rechten Parteien gemeinsam über neue Abschiebungsregeln und »Return Hubs« ab.

Zugleich zeigt sich, dass die Geas-Reform nicht sofort ab dem 12. Juni umfassend greifen wird. Viele EU-Mitgliedstaaten haben die neuen Vorgaben noch nicht in nationale Verfahrensabläufe umgesetzt, was die EU-Kommission zuletzt massiv kritisierte. In Deutschland gibt es große Konflikte zwischen der Bundesregierung und den Bundesländern über die Finanzierung und personelle Ausstattung der Lager für Dublin-Asylsuchende. In der Anfangsphase des neuen Geas dürften chaotische Verwaltungsabläufe an der Tagesordnung sein.

Es gibt einige Verbesserungen

Bei all den großen Verschärfungen dürfen zugleich nicht die wenigen Verbesserungen der neuen Reform und die Handlungsspielräume von Zivilgesellschaft und Asylverfahrensberater*innen aus dem Blick geraten. Die Geas-Reform verbessert zumindest in Teilen auf dem Papier die Rechtslage von minderjährigen Flüchtlingen. Sie sollen zügig den gleichen Zugang wie die Staatsangehörigen der EU-Mitgliedstaaten zu Bildung und Gesundheitsversorgung erhalten. Wie junge Geflüchtete aus zum Teil weit entfernten Lagern in Regelschulen kommen sollen, ist zwar unklar, aber Schulsozialarbeiter*innen und Lehrkräfte können sich aktiv einsetzen, um diesen Rechtsanspruch der Menschen einzufordern.

Auch sollen in den neuen Screening-Verfahren die »Vulnerabilitäten« von Geflüchteten sorgfältiger und verbindlicher abgefragt werden. Wenn Asylsuchende Folter auf der Flucht erlitten haben, soll bei der Unterbringung auf ihre besondere Lage eingegangen werden. Inwiefern dies unter haftähnlichen Bedingungen funktionieren soll, steht zwar auf einem anderen Blatt. Aber die Psychosozialen Zentren können daran mitwirken, dass diese Bedarfe tatsächlich in der Praxis abgefragt werden.

Zudem könnte das neue Geas auch ein Prestigeprojekt der Bundesregierung bei ihrer »Migrationswende« umgehend beenden. Seit Mai 2025 hat Innenminister Dobrindt die Bundespolizei angewiesen, Asylsuchende an der Grenze zurückzuweisen. Die Bundesregierung brachte keine tragfähigen rechtlichen und sachlichen Argumente für die Zurückweisungen vor, verwies aber nebulös auf angebliche Überlastungen durch Flücht-



Geflüchtete an der französischen Küste

DPA/PA WIRE/GARETH FULLER

Alle drei
Ziele von Geas
können
als gescheitert
betrachtet
werden.

migration. Eine grundsätzliche Entscheidung des Verwaltungsgerichts Berlin vom Juni 2025, das diese Zurückweisungen als europarechtswidrig beurteilt, ignoriert die Bundesregierung.

Aber das neue Geas sieht jetzt verbindliche Kriterien vor, wann ein Mitgliedstaat der »Gefahr des Migrationsdrucks« ausgesetzt ist oder sich in einer »ausgeprägten Migrationslage« befindet. Der Mitgliedstaat kann dann Solidaritätsmaßnahmen von anderen Staaten einfordern oder in besonderen Ausnahmefällen nach der neuen Krisenverordnung beantragen, von den europäischen Standards teilweise abzuweichen. Aber all dies darf der Mitgliedstaat nicht alleine entscheiden, sondern dies muss im Gespräch mit der Kommission und den Mitgliedstaaten entschieden werden. Die Zurückweisungen an der deutschen Grenze, die ohne europäische Absprachen erfolgten, sind daher umgehend am 12. Juni einzustellen.

.....
Maximilian Pichl ist Professor für Recht der Sozialen Arbeit an der Frankfurt University of Applied Science

Höheres Defizit bei den Kassen erwartet

Das Sparpaket in der Gesundheitsversorgung wird von Protesten begleitet. Doch die Finanznot der Kassen ist größer als erwartet

Die Finanzlage der gesetzlichen Krankenkassen könnte sich stärker verschlechtern als bislang angenommen. Nach vorläufigen Zahlen des Bundesgesundheitsministeriums dürfte das Defizit 2027 um weitere 3,5 Milliarden Euro höher ausfallen als bisher prognostiziert. Damit gerät das Sparpaket von Gesundheitsministerin Nina Warzen (CDU) zusätzlich unter Druck. Die mitregierende SPD sieht ein »Warnsignal«, man müsse möglicherweise die Lage neu bewerten.

Bundestag und Bundesrat befassen sich an diesem Freitag mit den umstrittenen Plänen, die Beitragssteigerungen für Millionen Versicherte begrenzen sollen. Die schwarz-rote Koalition will die Krankenkassen ab 2027 um 16,3 Milliarden Euro entlasten.

Nach bisherigen Berechnungen hätte dies ausgereicht, um das erwartete Defizit von 15,3 Milliarden Euro auszugleichen. Sollte sich die neue Prognose bestätigen, würde das Minus jedoch auf 18,8 Milliarden Euro anwachsen. Trotz der geplanten Entlastungen bliebe dann eine Finanzierungslücke von rund 2,5 Milliarden Euro.

Auslöser für die neue Einschätzung ist ein deutlich stärkerer Anstieg der Ausgaben im ersten Quartal 2026 als erwartet. Das Ministerium betonte allerdings, für eine abschließende Bewertung müssten zunächst die endgültigen Zahlen abgewartet werden, die Ende Juni oder Anfang Juli vorliegen sollen.

Begleitet werden die Beratungen von Protesten gegen die Reformpläne. Bei einer Kundgebung während der Gesundheitsministerkonferenz in Hannover demonstrierten am Mittwoch nach Angaben der Gewerkschaft Verdi mehr als 8000 Menschen gegen die vorgesehenen Einschnitte. Sowohl bei der gesetzlichen Krankenversicherung als auch bei einer Pflegereform hätten die Entwürfe »eine erhebliche soziale Schieflage«, sagte Vorstandsmitglied Sylvia Bühler. »Sie gefährden die Versorgung.« Auch mehrere Ländervertreter äußerten Kritik.

Am Freitag, wenn sich der Bundesrat mit Warkens Vorhaben beschäftigt, wollen zahlreiche Kliniken in Bayern ein Zeichen gegen die Sparpläne setzen. Die Krankenhäuser sind aufrufen, ihre Haupteingänge für zwei Stunden zu schließen. Die Aktion solle zeigen, dass Kliniken künftig gezwungen würden, Leistungen einzuschränken, betonte der Geschäftsführer der Bayerischen Krankenhausgesellschaft, Roland Engehausen. Über Nebeneingänge bleiben die Kliniken weiter erreichbar.

Auch in Hamburg und Baden-Württemberg kündigten die Kassenärztlichen Vereinigungen und die Hausärzteverbände Proteste gegen die Pläne an. Praxen sollen dort zeitweise schließen oder Wartezimmerplätze sperren. *dpa/nd*

ANZEIGE

SPENDENAKTIONEN

Jetzt braucht Kuba unsere Solidarität!

Denn Trump verschärft mit weiteren Sanktionen vor allem gegen ausländische Unternehmen die Lage in Kuba. Dagegen müssen wir noch lauter Position beziehen und die solidarische Hilfe verstärken.

Strom von der Sonne – die Alternative für Kuba!

KarEn hat in den letzten drei Monaten 93 Anlagen für die solare Elektrifizierung von Häusern und sozialen Einrichtungen nach Kuba geschickt. Weitere Solaranlagen werden Dank der Spenden vieler Freunde Kubas vorbereitet.

Wir wenden uns an Sie: Spenden Sie auch weiterhin für dieses lebensnotwendige Projekt. Kuba muß überleben!

KarEn
VEREIN ZUR FÖRDERUNG
ALTERNATIVER ENERGIEEN
IN DER KARIBIK e.V.

Spendenkonto: **KarEn**-Verein zur Förderung alternativer Energien e.V.
Kennwort: Solarenergie für Kuba
IBAN: DE 78 1001 0010 0589 4631 04 0.
IBAN: DE 90 4306 0967 1195 4627 00
(Spenden sind steuerlich absetzbar, bitte Adresse angeben!)

Weydingerstraße 14-16, 10178 Berlin, Tel./Fax (030) 24009470
E-Mail: karen@karen.berlin www.karen-berlin.de

DIE ARCHE
Helfen Sie,
zu helfen!

WER
MACHT
MICH
SATT?

Jetzt für
tägliches
Mittagessen
spenden!

www.kinderprojekt-arche.de
"Die Arche" Kinderstiftung Christl, Kinder- und Jugendwerk
IBAN DE82 3702 0500 0003 0301 00

WASSERKRAFT ANNO 1787.

MONUMENTS
FOR
FUTURE



Wir erhalten Einzigartiges. Mit Ihrer Hilfe!

Spendenkonto
IBAN: DE71 500 400 500 400 500 400
BIC: COBA DE FF XXX, Commerzbank AG

www.denkmalschutz.de

DEUTSCHE STIFTUNG
DENKMALSCHUTZ
Wir bauen auf Kultur.

Energie für die Revolution

Kuba muss überleben! Mit jedem Tag häufen sich die Angriffe der USA auf das sozialistische Kuba. Durch eine De-Facto-Ölblockade macht die US-Regierung das Leben von mehr als 10 Millionen Kubaner*innen zum Überlebenskampf. Daher startet Cuba si eine Sonderspendenkampagne, mit dem Ziel, die Energieversorgung unabhängiger zu gestalten. Spendenziel sind 500.000 Euro. Mit dieser Summe möchten wir zum Ausbau der erneuerbaren Energien in den Bereichen Gesundheit, Bildung und Kultur in unseren Projektregionen Mayabeque und Guantánamo beitragen.

Spenden Sie jetzt !

Spendenkonto
Empfänger: DIE LINKE. Parteivorstand
IBAN: DE06 1005 0000 0013 2222 10
VWZ: „Energie“ + Ihre Anschrift
BIC: BELADE33XXX

Cuba si

AG in der Partei Die Linke
Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin
Telefon: (030) 24 00 94 53
E-Mail: cuba-si@die-linke.de
Internet: www.cuba-si.org
Instagram: @cuba.si

Segeln Niederlande-England
18.07.-01.08.2026, Segelerfahrung
nicht erforderlich. Tel: 06172 / 93 95 17

Sächsische Schweiz

Schöne FeWo ab 45 € (bis 4 Pers.)
☎ 03 50 28/858 80 www.saechsischeschweiz-touristik.de/guenther

Oliven ernten in der Toscana, 18 km
vom Meer! Kleiner Ökohof mit herrlichem Blick über die Hügel, Stille, Klavier, Bibliothek, Pferde, Badezisterne, freut sich über nette Mieter oder Helfer!
www.toskana-biohof.de

TIERSCHUTZ

Jetzt schützen: wwf.de/protector